



Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 2026/0333

Der Oberbürgermeister

V/60-KS-krü

Dezernat/Fachbereich/AZ

11.06.2026

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	13.07.2026	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Neufassung der Geschäftsordnung für den Arbeitskreis "Politik und Stadtgesellschaft (Initiativen) zum Autobahnausbau in Leverkusen einschließlich der PWC-Anlage"
- Anfrage der Fraktion Opladen Plus vom 03.05.2026 mit Stellungnahme vom 11.06.2026

Anfrage der Fraktion Opladen Plus vom 03.05.2026

Wahrung der überparteilichen Einigkeit der Initiative „Keinen Meter mehr!“

Mit großem Erstaunen haben wir der Berichterstattung über Ihren Antrittsbesuch im Bundesverkehrsministerium in Berlin am 13. April 2026 entnommen, dass Sie diesen Termin lediglich in Begleitung des Landtagsabgeordneten Rüdiger Scholz (CDU) wahrgenommen haben.

Die Initiative “Keinen Meter mehr!“ gegen den Autobahnausbau, wurde in den vergangenen Jahren als gemeinsames, solidarisches Projekt einer ganz großen Mehrheit im Rat der Stadt Leverkusen sowie der bürgerlichen Organisationen gelebt.

Die Stärke unseres Protests lag stets in der geschlossenen, überparteilichen Vertretung der Leverkusener Interessen gegenüber dem Bund und dem Land.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie um eine schriftliche Stellungnahme zu folgenden Punkten:

1.

Ist das Bündnis „Keinen Meter mehr“ aufgekündigt worden?

Stellungnahme:

Nein, nach Kenntnis der Verwaltung ist das Bündnis aus Politik und Stadtgesellschaft nicht aufgekündigt worden.

2.

Warum gaben Sie Herr Oberbürgermeister und der Landtagsabgeordnete Rüdiger Scholz eine über Jahre hinweg verfolgte gemeinsame Linie eigenmächtig auf?

Stellungnahme:

Sofern mit der gemeinsamen Linie das Ziel „Tunnel statt Stelze“ gemeint ist, so ist festzuhalten, dass die Erreichung dieses Zieles aus mehreren Gründen nicht mehr realistisch ist. Neben den baulichen Fortschritten im Bereich der Autobahn (Abschnitt 1, Autobahnbrücke) sind dies insbesondere die immensen Kosten, welche für die technisch aufwendigere Tunnellösung anfallen würden und nach mehrfacher Aussage des zuständigen Bundesverkehrsministeriums von der Stadt Leverkusen zu tragen wären (Finanzierungslücke in Höhe von 1,35 Milliarden Euro). Dies kann grundsätzlich und insbesondere aufgrund der aktuellen Haushaltssituation von der Stadt Leverkusen nicht geleistet werden. Im Rahmen der Sitzung des Arbeitskreises aus Politik und Stadtgesellschaft zum Autobahnausbau einschließlich der PWC-Anlage am 02.10.2025 war die Auffassung, dass die Umsetzung der Tunnellösung nicht mehr realistisch ist und es nunmehr um die größtmögliche Begrenzung des geplanten oberirdischen Autobahnausbaus geht, Konsens unter den Teilnehmenden.

3.

Warum wurde bei diesem politisch hochsensiblen Thema auf die Einbindung anderer Fraktionen oder Vertreter der Bürgerinitiative verzichtet, obwohl dies bisher gängige Praxis war?

Stellungnahme:

Es handelte sich bei dem Termin am 13.04.2026 in Berlin um den Antrittsbesuch im Bundesverkehrsministerium, den Herr Oberbürgermeister Hebbel im Rahmen seines neuen Amtes durchgeführt hat. Bei diesem Termin ging es um mehrere Themen, u. a. auch um das Thema Autobahn. Herr Hebbel war in seiner Funktion als Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen bei diesem Termin im Ministerium, nicht als Mitglied des Bündnisses „Keinen Meter mehr!“.

4.

Inwieweit wurden die im Ministerium vorgetragenen Positionen mit dem bestehenden Ratsbeschluss und der Zielsetzung der Initiative „Keinen Meter mehr“ abgeglichen?

Stellungnahme:

Ein Abgleich hat nicht stattgefunden und war auch nicht erforderlich. Herr Oberbürgermeister Hebbel war nicht als Vertreter des Bündnisses im Ministerium und hat demnach auch keine Positionen in dessen Namen vorgetragen. Die Zielsetzung der Initiative hat sich zwischenzeitlich den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Auf die Antworten zu den Fragen Nr. 2, 3 und 5 wird verwiesen.

5.

Wie planen Sie, die überparteiliche Geschlossenheit der Stadtgesellschaft in Bezug auf den A1/A3-Ausbau künftig sicherzustellen, um einen politischen „Alleingang“ und die damit verbundene Schwächung unserer Verhandlungsposition zu vermeiden?

Der Ausbau der Autobahnen betrifft alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gleichermaßen. Ein Abweichen von der gemeinsamen Linie gefährdet den jahrelangen Einsatz für eine stadtverträgliche Lösung (Tunnel statt Stelze). Darüber hinaus nimmt die Bereitschaft zu zukünftigen gemeinsamen Bemühungen - in welcher Sache auch immer - durch derartige eigenmächtige Handlungen Schaden.

Stellungnahme:

Diesbezüglich wird auf die von der Verwaltung eingebrachte Beschlussvorlage Nr. 2026/0333 Neufassung der Geschäftsordnung für den Arbeitskreis "Politik und Stadtgesellschaft (Initiativen) zum Autobahnausbau in Leverkusen einschließlich der PWC-Anlage" verwiesen, welche neben der formalen Besetzung des Arbeitskreises insbesondere auch eine Anpassung der inhaltlichen Ausrichtung enthält und im letzten Sitzungsturnus (April/Mai) seitens der Politik vertagt wurde. Die Neufassung der Geschäftsordnung spiegelt aus Sicht der Verwaltung den derzeitigen verhandlungstaktischen Status quo sowie die aktuellen praktischen Gegebenheiten wider. Die Politik kann durch Mehrheitsbeschluss festlegen, wie der weitere Weg des Bündnisses und des Arbeitskreises aussehen soll.

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

11.06.2026